

Die Wohnkosten steigen und steigen!

Wir brauchen bezahlbare Wohnungen!

Hamburg baut falsch: Etwa 70% der Neubauwohnungen sind viel zu teuer!

Immer mehr Menschen in Hamburg haben Mühe, Monat für Monat regelmäßig ihre Miete zu bezahlen, weil die Wohnkosten so stark gestiegen sind. Seit 2009 betrug der Anstieg über 37%! Die Inflationsrate lag nur etwa halb so hoch. Nicht geförderte Wohnungen gibt es in Hamburg kaum unter 13-14 €/qm. D.h.: eine 80 qm-Wohnung kostet über 1000 € Kaltmiete!

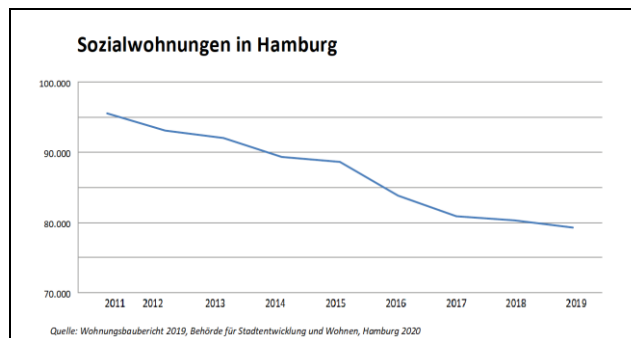
Die Gründe für die hohe Steigerung der Wohnkosten sind vor allem:

- * Spekulation: Geldanleger investieren in „Betongold“ in Erwartung steigender Preise und treiben dadurch die Preisspirale bei Grundstücken und Häusern an.
- * Vermieter nutzen Lücken im Mieterschutz und fordern extrem hohe Mieten, z.B. nach Luxusmodernisierungen oder Möblierung.
- * Die Zahl der Sozialwohnungen nimmt laufend ab, weil ständig mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen als neue Sozialwohnungen gebaut werden.
- * Mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen lassen sich große Gewinne erzielen.
- * Die Baukosten und Grundstückspreise sind stark gestiegen.
- * Die Einwohnerzahl Hamburgs nimmt zu.

Die Stadt Hamburg hat zwar viel neu gebaut, aber max. 30% der neuen Wohnungen werden gefördert, um einigermaßen bezahlbar zu sein. Alle übrigen Neubauwohnungen sind viel zu teuer.

Alsterdorf	13,99 €	Langenhorn	12,15 €
Altona-Altstadt	15,41 €	Neugraben-Fischbek	11,34 €
Barmbek-Süd	16,98 €	Othmarschen	15,74 €
Blankenese	15,24 €	Poppenbüttel	12,34 €
Eppendorf	17,59 €	Rahlstedt	12,27 €
Farmsen-Berne	12,68 €	Rotherbaum	19,23 €
HafenCity	21,34 €	St. Georg	16,96 €
Harburg	11,93 €	Wilhelmsburg	11,45 €

Stand: November 2021; Quelle: wohnungsboerse.net



Wir fordern:

- * Um Bodenspekulation und Ausverkauf städtischer Flächen zu verhindern, soll die Stadt keine Grundstücke mehr verkaufen.
- * Auf städtischen Grundstücken sollen nur Wohnungen gebaut werden, die für Normalverdiener bezahlbar sind.
- * Keine Mietpreisbindungsfristen. Öffentlich geförderte Wohnungen, müssen für immer günstig bleiben!

Boden und Wohnungen behalten. Hamburg sozial gestalten.

KEINE PROFITTE MIT BODEN & MIETE!

Neubaumieten auf städtischem Grund. Für immer günstig!

VOLKSINIS UNTERSTÜTZEN!

Wohnen in Hamburg – noch bezahlbar?

Wer in Hamburg bei der Suche nach einer neuen Wohnung auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen ist, hat Probleme. In den meisten Stadtteilen sind die verlangten Mieten kaum noch bezahlbar. Laut Mietenspiegel lag die durchschnittliche „ortsübliche Vergleichsmiete“ in Hamburg 2009 bei 6,76 € pro Quadratmeter; bis April 2021 stieg sie auf 9,29 €, also um 37,4 %. Seither sind die Mieten weiter gestiegen. Nach anderen Quellen war die Zunahme noch stärker. In manchen Stadtteilen liegen die Angebotsmieten heute bei 17 € und noch höher.

Viel zu hohe Belastung

2018 gaben nach Ermittlungen der Haspa 29 % der Befragten an, dass etwa die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für die Miete benötigt wurde. Bei weiteren 16 % lagen die Ausgaben noch darüber.

Besonders schlecht dran:

Menschen mit geringem Einkommen

Besonders hart ist die Lage für Menschen mit niedrigem Einkommen. 454.000 Haushalte in Hamburg (also ca. 47% aller Haushalte) hatten Anfang 2019 ein so geringes Einkommen, dass sie Anspruch auf eine Sozialwohnung hatten, allein 368.000 auf eine Wohnung des 1. Förderweges. Zur Verfügung standen aber nur etwa 80.000.

Spekulation mit Wohnungen

Ein Grund für die Preissteigerungen besteht in der Spekulation mit Boden und Wohnungen. Grundstücke bleiben unbebaut, Wohnungen stehen oft sogar leer – das alles in der Erwartung, dass die Preise steigen und sich auf diese Weise hohe Renditen erzielen lassen. Außerdem hat die Stadt in den vergangenen Jahren viele städtische Grundstücke meistbietend versteigert und so zu den steigenden Preisen beigetragen.

Hamburg baut falsch

Der Hamburger Senat stellt seine Politik gern als vorbildlich heraus („bauen, bauen, bauen“). Tatsächlich hat die SPD-geführte Regierung seit 2011 den Wohnungsbau stark ausgeweitet. Von 2011 bis 2020 wurden in Hamburg etwa 75.000 Wohnungen gebaut. Aber etwa 70 % der neugebauten Wohnungen sind viel zu teuer.

Vorbild Wien

Die österreichische Hauptstadt Wien hat etwa genauso viel Einwohner wie Hamburg. Die Stadt hat – im Unterschied zu Hamburg - nie den Fehler gemacht, öffentliche Wohnungen zu privatisieren. Etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt in einer der 420.000 Wohnungen der Gemeinde oder der Genossenschaften. Die Wohnkostenbelastung gemessen am Einkommen liegt für die Mieter bei 21 %. Von den Neubauten sind etwa zwei Drittel öffentlich geförderter Wohnungsbau; dort beträgt die Höchstmiete netto 5 Euro je Quadratmeter.

Das Auslaufen der Mietpreisbindung

Mitte der 1970er Jahre gab es in Hamburg etwa 400.000 Sozialwohnungen. Im Jahr 2000 waren es noch etwa 157.000 und im Januar 2021 nur noch ca. 75.600. Der Grund dafür ist das Auslaufen der Mietpreis- und Belegungsbindung bei einer großen Zahl von Wohnungen. Dies hat trotz des umfangreichen Neubaus dazu geführt, dass es für Geringverdiener immer weniger Angebote geförderter Wohnungen gibt. Nach einer Prognose der Hamburgischen Investitions- und Förderbank wird die Zahl der Sozialwohnungen bis 2030 auf etwa 60.000 sinken. Mit unseren Volksinitiativen wollen wir diesen Trend umkehren.

Unterstützen Sie die beiden Volksinitiativen gegen Bodenspekulation für mehr bezahlbare Wohnungen!

Volksinitiative 1 zu Grund und Boden:

Forderung: Um die Bodenspekulation und den Ausverkauf städtischer Flächen zu verhindern, verkauft die Stadt Hamburg keine Grundstücke und Wohnungen mehr. Boden ist nicht beliebig vermehrbar! Er sollte nur noch in Erbpacht vergeben werden. Über Ausnahmen entscheidet die Bürgerschaft.

Träger sind viele Organisationen, unter anderem die Hamburger Mietervereine.

Volksinitiative 2 zu Mieten:

Forderung: Auf städtischem Grund und Boden werden nur Wohnungen errichtet, die wirklich bezahlbar sind. Die Anfangsmieten sollen nicht höher liegen als die von Sozialwohnungen (z.Zt. 6,80 € pro Quadratmeter). Erhöhungen dürfen max. 2 % pro Jahr betragen. Die Mietpreisbindung für geförderte Wohnungen gilt auf Dauer, nicht nur 20 oder 30 Jahre.

Die beiden Volksinitiativen haben 2020 mit je 14.400 Unterschriften die erste Stufe der Volksgesetzgebung geschafft. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit den Senatsfraktionen. Falls sie erfolglos enden, kommt die zweite Stufe: das Volksbegehren. Darauf bereiten wir uns jetzt schon vor; denn

das wird sehr viel schwieriger werden: Wir müssen innerhalb von drei Wochen ca. 65.000 Unterschriften sammeln, also mehr als 3000 pro Tag! Dies muss gut vorbereitet werden. Wir wollen erreichen, dass schon vor Beginn des Volksbegehrens in der ganzen Stadt bekannt ist, worum es geht.

Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und Miete“,
<https://KeineProfiteMitBodenUndMiete.de>,

Email: info@KeineProfiteMitBodenUndMiete.de   